

Betreff:

Wildschweine auf dem Vormarsch?!

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.04.2018

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

24.04.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Seit Monaten sind auch in Braunschweig die Wildschweine auf dem Vormarsch und es kommt zu vermehrten Schäden in der Stadt. So hat es Ende 2017 auf der Autobahn bei Wenden einen Verkehrsunfall mit Tierbeteiligung gegeben, es gab Zerstörungen auf Sportplätzen u.a. in Querum, in Kralenriede haben es Grundstückseigentümer inzwischen aufgegeben die Schäden immer wieder zu beseitigen, am Ölper See wurden Wildschweine gesichtet, ebenso am Pawelschen Holz bei Lehdorf, am Lammer Holz, in Gliesmarode, in Riddagshausen, an der Margarethenhöhe, in der Nähe des Hauptfriedhofes usw.

Für die Jägerschaft Braunschweig hat Kreisjägermeister Ronald Gerstenberg durch die Abschusszahlen belegt, wie dramatisch sich die Population zuletzt vergrößert hat. In einem Artikel der Braunschweiger Zeitung am 22. März dieses Jahr wird Gerstenberg dahingehend zitiert, dass in 2017 insgesamt 329 Wildschweine erlegt wurden, was einem Anstieg von 54 % zum Vorjahr entspricht. In der Neuen Braunschweiger Zeitung war bereits am 17. Januar 2018 ein längerer Artikel zur stetig wachsenden Wildschweinpopulation in unserer Stadt abgedruckt (<http://www.unser38.de/braunschweig-innenstadt/natur/schweine-sind-dieproblembaeren-d23008.html>). Hennig Brandes, 1. Vorsitzender der Jägerschaft Braunschweig hat dort eindrucksvoll die Auswirkungen dieses Anstieges beschrieben. So seien „Bolzplätze, Spielplätze, Fußballplätze, Grünanlagen, Kleingartenanlagen, private Gärten“ betroffen. Auf der Suche nach Nahrung durchpflügen die Wildschweine mit ihren Rüsseln die Flächen und richten dort oftmals erheblichen Schaden an.

Da auch innerhalb der Stadtverwaltung – als Untere Jagdbehörde fachlich zuständig – der Vormarsch der Wildschweine sorgenvoll beobachtet wird, hat Ordnungsdezernent Claus Ruppert bereits im November des letzten Jahres das Gespräch mit den Vertretern der Jägerschaft Braunschweig gesucht und unterschiedliche Maßnahmen (bspw. Erlaubnis zu intensiveren Drück- und Treibjagden, Prämie für das Erlegen von Wildschweinen) in Aussicht gestellt. Diese bedürfen zum Teil der Zustimmung des Rates der Stadt Braunschweig, deshalb sollte eine gutachterliche Erhebung dazu Zahlen als notwendige fachliche Grundlage ermitteln.

Braunschweig steht mit dieser Problematik nicht allein da, so hat zum Beispiel die Stadt Rostock wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen. In der Ostsee-Zeitung war im September 2017 vom dortigen Umweltsenator Holger Matthäus (Bündnis 90/Grüne) zu lesen, dass durch effektive Bejagung in Kombination mit anderen Maßnahmen die Schwarzwild-Population reduziert werden konnte. Durch gezieltes Abschießen wurden die Bestände aus den Orten vertrieben, so das Ergebnis eines Pilotprojekts. Gerade vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Afrikanischen Schweinepest könnten die Erfahrungen des Gemeinschaftsprojekts von Stadt und Wissenschaft laut Matthäus anderen Kommunen eine Hilfe zur Verringerung der Wildschweinzahlen sein.

Neben Regelungen, die durch die Braunschweiger Stadtverwaltung als Untere Jagdbehörde erlassen werden können, sind auch Änderungen des Niedersächsischen Jagdgesetzes durch den Landtag denkbar, um den weiteren Vormarsch der Wildschweine zu stoppen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Zu welchem Ergebnis kommt die von der Verwaltung bereits im November 2017 in Aussicht gestellte gutachterliche Erhebung in Bezug auf notwendige Maßnahmen zur Reduktion der Wildschweinpopulation?
2. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung – unter Abwägung des Schutzes für die Bevölkerung und eines angezeigten Tierschutzes sowie zur Vermeidung weiterer Schäden – möglicherweise gemeinsam mit der Jägerschaft und ist denkbar, dass diese nach dem Rostocker Vorbild laufen?
3. Hat die Verwaltung mit der Landesregierung Gespräche geführt, damit in der anstehenden Novellierung des Niedersächsischen Jagdgesetzes auch Regelungen zur Reduktion der Schwarzwild-Population aufgenommen werden und die Stadt Braunschweig beim weiteren Vorgehen landesrechtlich unterstützt wird?

Anlagen:

keine